**[Unterhaltsvorschuss kann einfacher bezogen werden](https://orf.at/stories/3159323/)**

Der Unterhaltsvorschuss kann in der Coronavirus-Krise einfacher bezogen werden. Auf diese Möglichkeit haben heute bei einer Pressekonferenz Justizministerin Alma Zadic (Grüne) und Arbeitsministerin Christine Aschbacher (ÖVP) aufmerksam gemacht. Damit will man auf Zahlungsschwierigkeiten von Eltern durch möglichen Jobverlust oder Auftragseinbrüche reagieren.

Kriterien für Bezug aufgehoben

Wie Zadic sagte, wird an sich der Zuschuss nur dann gewährt, wenn drei Kriterien erfüllt sind. Es muss ein entsprechender gerichtlicher Beschluss oder Vergleich da sein, der Zahler in Verzug sein und das Kind einen Exekutionsantrag stellen.

Letzteres fällt nun weg und wird nach Angaben der Justizministerin zu einer starken Beschleunigung des Verfahrens führen. Vorerst gilt diese Regelung, die vom Nationalrat vergangene Woche ermöglicht wurde, bis Ende April.

Das Geld für den Vorschuss wird vom Familienministerium zur Verfügung gestellt und wird laut Aschbacher zunächst aus dem laufenden Budget gedeckt. Sollte es einen Mehrbedarf geben, werde es zu einer entsprechenden Aufstockung kommen, um eine rasche Auszahlung zu gewährleisten. Unterhaltsverfahren werden durch die Krise nicht gehemmt.

Frauenministerin Susanne Raab (ÖVP) nützte die Pressekonferenz, um erneut auf die zentrale Frauenhotline ihres Ressorts hinzuweisen, sollte sich häusliche Gewalt einstellen. Unter 0800/222 555 gab es zuletzt 50 Prozent mehr Anrufe. Das gerade angelaufene Onlineangebot – Frauenhelpline.at –, sollte es Betroffenen nicht möglich sein zu telefonieren, soll auch ganz gut angelaufen sein. Vergleichszahlen gibt es hier nicht.